Bezugspreis:
Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Poſt im Orts- u. Oberamtsverkehr, ſowie im ſonſt. inl. Verk. 85 G.-Pf. m. Poſtbeſtellgeb. Preiſe freibleib., Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt beſteht kein Anſpruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerſtattung des Bezugspreiſes.

Beſtellungen nehmen alle Poſtſtellen, ſowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 O.A.-Sparkaſſe Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erſcheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'ſchen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einſp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 20, außerh. 25 Goldpfg., Rekl.-Zeile 80 Goldpfg. m. Inſ.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuſchlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenſo wenn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten ſofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernſprecher Nr. 4. Für telefoniſche Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 19. | Montag, den 25. Januar 1926. | 84. Jahrgang.

Deutſchland.

Stuttgart, 23. Jan. Die Abgeordneten Groß und Feilmayr haben in Rückſicht auf die derzeitigen finanziell ſchwierigen Verhältniſſe in der württembergiſchen Landwirtſchaft an das Landesfinanzamt im Wege einer Eingabe das Erſuchen gerichtet, den Richtſatz für die Berechnung der Umſatzſteuer auf den vorjährigen Stand feſtzuſetzen. Das Landesfinanzamt wurde gebeten, einheitliche Richtlinien an die Finanzämter zu erlaſſen. Die Eingabe wurde damit begründet, daß die Ermäßigung der Umſatzſteuer von 1½ auf 1 Prozent, wie ſie im Reichstag anläßlich der Verabſchiedung der Zollgeſetze beſchloſſen wurde, ſich nicht auf die landwirtſchaftlichen Steuerzahler auswirke. Sie haben darauf hingewieſen, daß der Umſatz trotz einer reichlichen Ernte infolge der weſentlich billigeren Preiſe für landwirtſchaftliche Produkte erheblich geringer iſt, und daß deswegen eine Erhöhung der Richtſätze, wie ſie durchgeführt worden ſind, den gegenwärtigen Zeitverhältniſſen keineswegs angepaßt ſind. Es wurde ganz beſonders auf die ſtarke Verſchuldung der Landwirtſchaft hingewieſen.

Berlin, 23. Jan. Der Herr Reichspräſident empfing heute den neu ernannten Reichsminiſter für Ernährung und Landwirtſchaft Dr. Haslinde. — Der Reichsminiſter für Juſtiz, Marx, nahm am 23. d. M. aus Anlaß der Uebernahme ſeines Amtes die Vorſtellung der Beamtenſchaft entgegen. — In der deutſchnationalen Preſſe wird angekündigt, daß die Deutſchnationalen gegen das neue Kabinett Luther ein Mißtrauensvotum einbringen werden. — Das Mieterſchutzgeſetz, das bis zum 1. Juli 1926 galt, wurde durch Beſchluß des Reichsrats bis zum 1. Juli 1927 verlängert. — Zwiſchen der deutſchen und der niederländiſchen Regierung iſt die gegenſeitige Aufhebung des Sichtvermerkzwanges mit Wirkung vom 1. Februar 1926 vereinbart worden.

Das Ergebnis des Perſonalabbaus in Baden.

Karlsruhe, 22. Jan. Nach einem Ueberblick, den der Berichterſtatter in der Sitzung des Haushaltsausſchuſſes gab, ſind 2241 Beamte in Baden abgebaut worden. Davon waren 1200 planmäßige, 864 außerplanmäßige, 100 Beamten in Vorbereitungsdienſt und 77 im Probedienſt. Ferner wurden 1007 Angeſtellte abgebaut, 66 vertragsmäßig Beſchäftigte und 102 Arbeiter. Dadurch ſparte der Staat jährlich an Gehältern 6 259 000 Mark, an Ausgaben perſönlicher und ſachlicher Art 375 000 M., alſo zuſammen 6 634 000 M.

Der neue Reichsernährungsminiſter.

Berlin, 23. Jan. Der neue Reichsernährungsminiſter Dr. Heinrich Haslinde iſt am 31. Mai 1881 in Berlin geboren. Er beſuchte dort das Gymnaſium und ſtudierte an den Univerſitäten in Bonn, Heidelberg, Münſter, Paris und Berlin. Als Aſſeſſor war er bei den Landratsämtern Brilon, Hörde und Arnsberg tätig. Am 21. Dezember 1916 wurde er Landrat in Arnsberg. Den Krieg machte er als Batterieführer mit. Am 17. Oktober 1922 wurde er an Stelle des ausſcheidenden Grafen von Merveldt Regierungspräſident von Münſter.

Die Räumung der erſten Rheinlandzone.

Berlin, 23. Jan. Nach Meldung eines Berliner Morgenblattes ſoll Köln noch bis zum April hinein von den Engländern beſetzt bleiben. Wie die Tel.-Union hierzu von unterrichteter Seite erfährt, iſt nach der ſich vollziehenden Räumung ohne weiteres anzunehmen, daß Köln bis zum 31. Januar von den Beſatzungstruppen vollſtändig geräumt ſein wird. Nunmehr werden auch die belgiſchen Räumungstermine bekannt gegeben. Am 25. Januar ſoll Iſſum und Büderich, am 26. Januar Hochemmerich, am 27. Repelen und Baerl, am 28. Homberg, am 29. Krefeld, am 2. Februar Mörs, am 3. Februar Voerde und am 4. Februar Erkelenz geräumt ſein. Nach dieſem Zeitpunkt werden ſich keine belgiſchen Truppen mehr in der erſten Zone befinden. Man nimmt an, daß die franzöſiſchen Truppen die erſte Zone endgültig bis zum 20. Februar geräumt haben werden.

Die Rolle der U.S.P. bei den Flottenmeutereien.

Berlin, 22. Jan. Der parlamentariſche Unterſuchungsausſchuß des Reichstags zur Erforſchung der Urſachen des Zuſammenbruchs von 1918 hielt nach langer Pauſe heute wieder eine Sitzung ab, die ſich mit der Vorgeſchichte der Marinemeutereien von 1918 beſchäftigte. Neben den ordentlichen Sachverſtändigen, Profeſſor Dr. Delbrück, General Kuhl und General Schwertfeger, waren für dieſe Sitzung als außerordentliche Sachverſtändige hinzugezogen: Vizeadmiral von Trotha und Archivrat Volkmann vom Reichsinnenminiſterium. Der Vorſitzende, Abg. Philipp (Dn.), wies darauf hin, daß die Einberufung dieſer Sitzung unter Hinzuziehung der Preſſe einem einſtimmigen Beſchluß des Ausſchuſſes entſpreche. In der Denkſchrift des Reichsmarineamts ſei gegen den Abg. Dittmann und andere Abgeordnete der Vorwurf der Mitſchuld an den Vorgängen erhoben worden, die ſchließlich zu den Marinemeutereien von 1918 führten. Da dieſe Vorwürfe in öffentlicher Sitzung erfolgten, habe es der Ausſchuß für angezeigt gehalten, dem angegriffenen Abg. Dittmann Gelegenheit zu einer öffentlichen Erwiderung zu geben. Der ſozialdemokratiſche Abg. Dittmann verbreitete ſich über die Unruhen und ihre Urſachen in einem Referat, das am Freitag mehrere Stunden in Anſpruch nahm und das er erſt in der nächſten Sitzung am Samstag zu Ende führen will. Er ſtellte zunächſt aus den Akten des Reichsmarineamtes feſt, daß ſeit Kriegsausbruch bis Ende 1917 auf den Schiffen der Marine folgende Strafen verhängt wurden: 180 Jahre und fünf Wochen Gefängnis, 181 Jahre und ein Monat Zuchthaus, und zehn Todesurteile, von denen zwei vollſtreckt worden ſind. Als Urſache der Erbitterung der Mannſchaften bezeichnete er den großen Unterſchied zwiſchen der Verköſtigung der Mannſchaften und derjenigen der Offiziere auf den Schiffen im Kohlrübenwinter 1916/17. Die Mannſchaft ſei davon überzeugt geweſen, daß die für ſie beſtimmten Lebensmittel zum großen Teil in die Offiziersmeſſen gewandert ſeien, wo die Offiziere trotz der Not der Zeit große Schlemmereien und Feſtgelage abgehalten hätten. Als dann auf mehreren Schiffen die Mannſchaften demonſtrativ mehrere Stunden lang dem Dienſt fern blieben, habe man als die Urſache dieſer Inſubordination Verhetzung durch die U.S.P. angegeben. Tatſächlich ſei damals bei den Mannſchaften die Sehnſucht nach dem Verſtändigungsfrieden und die Hoffnung auf die internationale ſozialdemokratiſche Konferenz in Stockholm ſehr groß geweſen. Es ſeien auch Unterſchriften geſammelt worden für eine Erklärung, in der der Wille zu einem Verſtändigungsfrieden der Stockholmer Konferenz unterbreitet werden ſollte. Keineswegs aber ſei dabei an eine Sabotage der Landesverteidigung gedacht worden. Die Führer der U.S.P. hatten von dieſen Liſten gar keine Kenntnis gehabt. Sie ſeien zwar von einigen beurlaubten Matroſen aufgeſucht worden, die ihnen aber lediglich Beſchwerden über Verpflegung und Behandlung vorgebracht hätten. Abg. Dittmann führte weiter aus: In einem Geheimerlaß vom 24. Auguſt 1917 teilte Staatsſekretär von Capelle mit, es ſei im Hauptausſchuß des Reichstags Klage über die dienſtliche Verteilung alldeutſcher Schriften geführt worden. Auf ſein Erſuchen, von dienſtlicher Verteilung ſolcher Literatur abzuſehen, antwortete der Oberbefehlshaber der Oſtſeeſtreitkräfte, Prinz Heinrich von Preußen, am 2. September, die alldeutſchen Schriften müßten gerade den Reſerviſten und Seewehrleuten als Gegengift gegen die angebliche politiſche Verhetzung von links verabfolgt werden. Er könne deshalb dem Erſuchen des Staatsſekretärs nicht ſtattgeben. Am 15. September antwortete der Staatsſekretär dem Prinzen Heinrich, er wolle ſich gewiß nicht in die Befugniſſe der militäriſchen Befehlshaber zur Aufrechterhaltung der Diſziplin einmiſchen. Die wünſchenswerte Aufklärungsarbeit ſei aber auch ohne die dienſtliche Verteilung politiſcher Schriften möglich, gegen die ſich beſonders Zentrum, Nationalliberale und Fortſchrittler gewendet hätten. Das Ergebnis des Kampfes zwiſchen dem Staatsſekretär und dem Prinzen war, daß die alldeutſchen Schriften weiter dienſtlich auf den Schiffen verbreitet wurden. Zu derſelben Zeit wurde auch für die neugegründete Vaterlandspartei des Herrn v. Tirpitz unter den Offizieren agitiert. Aus dieſer von den Offizieren geſchaffenen Atmoſphäre erklären ſich die Kundgebungen der Mannſchaften für den Verſtändigungsfrieden, wie ſie in den Friedensliſten von Stockholm zum Ausdruck kamen. Die Abgeordneten und die Zentrale der U.S.P. haben aber keine der Liſten erhalten. Die Behauptung der Anklagevertreter, die Stockholm-Liſten ſeien auf Veranlaſſung der Zentrale der U.S.P. aufgeſtellt worden, iſt falſch. Die Zentrale hat nie etwas damit zu tun gehabt, ja überhaupt nichts von Liſten gewußt. Während der Flottenchef die im Jahre 1917 vorgekommenen Entfernungen auf die Unterernährung und die durch die lange Kriegsdauer verurſachte Abſpannung der Mannſchaften zurückführte, hätten erſt die beiden Kriegsgerichtsräte aus der Sache eine Verſchwörung gemacht. Die Unterſuchungsführer hätten bei der Vernehmung der Angeklagten und Zeugen einen unerhörten Druck ausgeübt und auch mit gefälſchten Protokollen gearbeitet. Die Kriegsgerichtsräte Dr. Dobring und Dr. Löſch hätten mit einem Heer von Lockſpitzeln förmlich eine Menſchenjagd organiſiert. Die Spitzelausſagen ſeien die Hauptgrundlage dieſer Anklageſchriften und der Urteile geweſen. Auf dieſer Grundlage ſei dann die Anklage wegen Kriegsverrats gegen den Matroſen Reichpietſch und andere zuſtande gekommen. In einem Rechtsgutachten für den Staatsſekretär Capelle habe Geh. Admiralitätsrat Dr. Feliſch ſofort erklärt, daß die Vorbedingungen des Kriegsverrats nicht gegeben ſeien. Admiral v. Scheer habe dieſe rechtlichen Bedenken gegen die Todesurteile ausdrücklich anerkannt, aber dennoch die Todesurteile beſtätigt, um ein Exempel zu ſtatuieren. Am 5. September ſeien Reichpietſch und Köbis, beides Teilnehmer der Seeſchlacht am Skagerrak, auf dem Schießplatz Wahn bei Köln erſchoſſen worden. Abg. Dittmann bezeichnete dieſe Erſchießung als einen militäriſchen Willkürakt aus politiſchen Motiven, als einen Akt des Terrors gegen die Friedensreſolution des Reichstags und gegen die U.S.P. Er beſtritt im übrigen nachdrücklich, daß die U.S.P. jemals Meutereien veranlaßt oder gefördert habe. Sie habe die Landesverteidigung nicht ſchwächen, ſondern lediglich einen Verſtändigungsfrieden ohne Sieg und Niederlage herbeiführen wollen. Hier unterbrach Abg. Dittmann nach vierſtündiger Rededauer ſeinen Vortrag, um ihn am Samstag fortzuſetzen.

Ausland

Paris, 23. Jan. Auf Grund einer Verfügung des Kriegsminiſters Painlevé wird nun auch der zweite Feſtungsgürtel rings um die franzöſiſche Hauptſtadt in Kürze fallen und als Baugrund verwendet werden. Hiermit wird endgültig das Feſtungsſyſtem, das ſich um Paris ausbreitete, fallen. Man kann dann ſagen, daß Paris als eine freie und militäriſch nicht mehr verteidigte Stadt gelten kann.

Moskau, 23. Jan. Von 187 Offizieren der 19. Sowjetbrigade, die im September gemeutert hatten, wurden vom Kriegsgericht 35 zum Tode und 143 zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. 16 Offiziere, darunter General Karpinsky, ſind ſchon ſtandrechtlich erſchoſſen worden.

Waſhington, 23. Jan. Der amerikaniſche Senator Bleaſe erklärte im Senat: „Wilſon iſt zum Präſidenten gewählt worden in der Vorausſetzung, daß er Amerika nicht in den Krieg verwickeln würde; aber er hat uns trotz alledem hineingezogen, um die Gelder unſerer internationalen Bankiers zu retten. Das war eine Farce und ein Betrug gegenüber dem amerikaniſchen Volke. Unſere Jungen wurden über den Ozean geſchickt, um Morgan und ſeine Leute davor zu bewahren, daß ſie ihr Geld verlören. Das iſt die volle Wahrheit und kann nicht bezweifelt werden."

Kardinal Mercier †.

Brüſſel, 23. Jan. Kardinal Mercier iſt heute nachmittag entſchlafen. Kardinal Mercier iſt eine der bemerkenswerteſten Perſönlichkeiten des Weltkrieges und unbeſtritten der größte Deutſchenhaſſer ſeiner Zeit geweſen. Déſiré Joſef Mercier wurde am 18. November 1851 geboren. 1906 wurde er Erzbiſchof von Mecheln und Primas von Belgien. Ein Jahr ſpäter wurde er in das Kardinalkollegium aufgenommen. Während der 50 Monate andauernden Beſetzung Belgiens durch die deutſchen Truppen während des Weltkrieges war Kardinal Mercier die Seele des Widerſtandes der Belgier. Der Hauptſchlag, den er mit Hilfe ſeiner Stellung als Erzbiſchof gegen die Deutſchen richtete, war ein Hirtenbrief zu Neujahr 1915. Kaiſer Wilhelm richtete deswegen ein beſonderes Telegramm an den Papſt. Ende 1915 reiſte der Kardinal mit freiem Geleit der deutſchen Behörden nach Rom, wo er mit dem Papſt verhandelte. Gleichzeitig hielt er in verſchiedenen Städten Hetzreden gegen Deutſchland. Als er dann nach ſeiner Rückkehr erneut unter der Flagge eines Hirtenbriefes einen Hetzerlaß gegen die Deutſchen richtete, zog er ſich eine verſchärfte Verwarnung durch den Gouverneur, Freiherrn von Biſſing, zu. Aeußerlich hielt er ſich dann bis Ende des Krieges etwas zurück.

Streſemanns Pariſer Reiſe.

Paris, 23. Jan. Die „Volonté" erklärt, daß Streſemann tatſächlich dem Quai d'Orſai mitgeteilt habe, er halte eine mündliche Beſprechung mit Briand für wünſchenswert. Briand ließ erwidern, daß er den deutſchen Außenminiſter mit Vergnügen in Paris empfangen werde. Das Blatt verſichert, daß Deutſchland ſeinen Eintritt in den Völkerbund nicht vor der Beſprechung zwiſchen Briand und Streſemann anmelden werde. Es handle ſich um eine Ergänzung der Verhandlungen von Locarno. Zuerſt würden die Verhandlungen zwiſchen Briand und Chamberlain geführt werden, und ſodann die zwiſchen Briand und Streſemann nachfolgen. Es kann nicht nachdrücklich genug darauf hingewieſen werden, wie ſehr in außenpolitiſchen Fragen, beſonders was das Verhältnis zwiſchen Deutſchland und Frankreich anbelangt, die radikalſozialiſtiſche Preſſe dieſelben Töne anſchlägt, wie die reaktionäre. Wie geſtern der „Temps", lehnt ſich heute das „Oeuvre" dagegen auf, daß man Deutſchland irgendwelche Zugeſtändniſſe machen ſolle, und wenn es ohne dieſe nicht in den Völkerbund eintreten wolle, ſo würde eben der Pakt von Locarno nicht ins Leben treten.

Italieniſche Drohungen.

Rom, 23. Jan. Die Polemik gegen die deutſchen Bemerkungen zur Lage in Südtirol wird heute von einer Reihe anderer Blätter fortgeſetzt. Geſtern morgen war es der faſchiſtiſche „Popolo de Roma", der ähnlich der „Tribuna" eine Warnung mit deutlicher Drohung verband. Am Abend iſt es „Giornale d'Italia", der meint, die deutſche Agitation, die zuerſt lächerlich war, beginne jetzt läſtig zu werden. Auch wäre es undankbar von Deutſchland, gegen Reiſen nach Italien Stimmung zu machen, nachdem Italien doch überall für die gerechtere und menſchlichere Anwendung des Verſailler Vertrags eingetreten ſei. Unverſtändlich ſei die Haltung der deutſchen Regierung. Man ſolle in Berlin doch einſehen, daß, wer gegen Italien anrennen will, nur ſeinen Schädel riskiere. — Die Haltung der deutſchen Regierung in der Südtiroler Frage iſt nur allzu korrekt. Die deutſche Oeffentlichkeit aber wird es ſich nicht nehmen laſſen, den Italianiſſimi die Meinung deutlich zu ſagen und auch danach zu handeln.

Verſchärfung des Konflikts im fernen Oſten.

London, 23. Jan. In hieſigen diplomatiſchen Kreiſen erregen die ab China eintreffenden Informationen erneute Beſorgnis vor dem Ausbruch ſchwerer Kämpfe und der Verwicklung der Mächte in dieſe. Namentlich fürchtet man eine ruſſiſche Intervention in der Mandſchurei, welche von Japan und den übrigen Mächten nicht geduldet werden könnte. Die „Times" berichtet aus Peking, die von Tſchang Tſo Ling getroffene Entſcheidung, den Sowjetdirektor der chineſiſchen Oſtbahngeſellſchaft, Iwanow, zu verhaften, habe eine ſehr ernſte Lage in China geſchaffen. Es wird berichtet, daß der Sowjetbotſchafter in Tokio, Kopp, in einem Interview erklärt habe, die ruſſiſche Regierung ſei feſt entſchloſſen, ihre Forderung, nämlich die Enthaftung Iwanows, mit Waffengewalt durchzuſetzen.

England gegen Verſchiebung der Abrüſtungskonferenz.

London, 23. Jan. Die „Times" erklären, es ſei möglich, daß die vorbereitende Abrüſtungskonferenz wegen der ſowjetruſſiſchen Bedenken gegen die Schweiz verſchoben werden würde. In Frankreich befürworte man die Vertagung, die engliſche Regierung ſei jedoch der Anſicht, daß die Verſchiebung keinerlei nutzbringenden Zweck haben würde. Es verlautet auch, daß die Regierung der Vereinigten Staaten gegen das urſprüngliche Datum des Zuſammentritts der vorbereitenden Kommiſſion, den 15. Februar, nichts einzuwenden habe.

Der ruſſiſche Druck.

Moskau, 23. Jan. Der von Tſchangſolin abgeſetzte ſowjetruſſiſche Direktor der Oſtchineſiſchen Bahn, Iwanoff, iſt geſtern als Gefangener nach dem Hauptquartier Tſchangſolins gebracht worden. An Iwanoffs Stelle hat Tſchangſolin einen weißruſſiſchen Ingenieur eingeſetzt. Der Sowjetbotſchafter in Peking hat energiſche Schritte unternommen, um die Wiederherſtellung der alten Ordnung an der chineſiſchen Oſtbahn zu erzwingen. Wenn Tſchangſolin auf die ſowjetruſſiſche Drohnote nicht eingeht, muß ſtündlich mit dem Einmarſch ruſſiſcher Truppen in die Mandſchurei gerechnet werden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 24. Jan. In der heute ſtattgehabten Generalverſammlung des Turnvereins berichtete in

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

allen zur Behandlung stehenden Fragen volle Einmütigkeit. Nach Eröffnung der Versammlung und Begrüßung der erschienenen Mitglieder durch Vorstand **Finkbeiner** gedachte derselbe der durch Tod abgegangenen Mitglieder Ehrenmitglied Stadtschultheiß a. D. Stirn, Ernst Drollinger, Reinhold Mahler, sowie des Mitbegründers des Turnvereins, W. Mannweiler, zu deren Ehrung die Versammlung sich von den Sitzen erhob. Eine stattliche Zahl neuer aktiver und passiver Mitglieder wurde in den Verein aufgenommen. Der Jahresbericht des Vorstandes ließ durchblicken, daß infolge der Renovierung der Turnhalle der Turnbetrieb eingedämmt war. Als Hauptpunkt im vergangenen Jahr führte er die Fahnenweihe verbunden mit dem Gauturnfest an, die in jeder Beziehung einen Markstein in der Geschichte des Turnvereins darstellt. Aus diesem Anlaß konnten verdiente Mitglieder geehrt werden durch Ueberreichung des Ehrenbriefs der Deutschen Turnerschaft an Rob. Ferenbach, W. Titelius, D. Strom, sowie des Kreisehrenbriefes an C. Pfister. Aus Anlaß des Gauturnfestes konnten ebenfalls verschiedene Mitglieder zu Ehrenmitgliedern ernannt werden, die mehr als 25 Jahre dem Verein angehören. Auch das Kreisturnfest in Ulm brachte für den Verein Erfolge. Wenn auch das aktive Turnen zu wünschen übrig lasse, so sei doch im Zöglings- und Schülerturnen erfreulicher Weise ein Fortschritt zu verzeichnen. Im Laufe des Jahres wurden 61 Mitglieder aufgenommen, dem 29 Austritte, zumeist durch Wegzug, gegenüberstehen. Anschließend an diesen Bericht wurde hervorgehoben, daß anderweitige Veranstaltungen anderer Vereine künftig unterbleiben sollen, da es im Interesse beider Teile gelegen ist, der Turnverein hingegen schon lange die Gepflogenheit hat, daß seine Generalversammlung im Januar stattfindet. Der Turnbericht, erstattet vom 1. Turnwart R. **Ferenbach**, ergab gerade kein erfreuliches Bild und zeugte davon, daß wir in Neuenbürg eben mit schweren Widerwärtigkeiten zu kämpfen haben, die anderswo nicht in dem Maße vorhanden sind. Dagegen lauteten die Berichte des zweiten Turnwarts Fr. **Röck** und der weiteren Funktionäre günstiger, sie lassen darauf schließen, daß es doch besser zu werden verspricht. Auch die Männerriege hat sich wacker geschlagen. Ein allgemeiner Appell zum Beitritt in die verschiedenen Turnabteilungen beschloß die Berichterstattung. Der nun folgende Kassenbericht von Kassier Fr. **Röck** I wartete mit großen Zahlen auf. An Einnahmen sind zu verzeichnen M. 2845.12, Ausgaben M. 2807.50, sodaß einschl. einer Spareinlage noch ein Barbestand von M. 294.63 verbleibt. Dem Kassier wurde Dank gezollt für seine Mühewaltung und Entlastung erteilt. Die Neuwahlen brachten keine nennenswerte Aenderung und es wurde der bisherige Vorstehende W. **Finkbeiner**, der 1. Schriftführer Emil **Baumann**, 2. Schriftführer Fr. **Gremmer**, Kassier Fr. **Röck** I, 1. Turnwart R. **Ferenbach** II, 2. Turnwart Fr. **Röck** II, sowie die Ausschußmitglieder Fr. **Höhn** I, A. **Bosch**, E. **Mahler** und als Ersatz für Otto Gorgus Fr. **Schall** per Akklamation wiedergewählt. Als Männerturnwart wurde Fr. **Geuß**, als Frauenturnwart Fr. **Röck** II, als Turnwart für Schüler (Knaben) die bewährten Altturner Fr. **Röck** und W. **Titelius**, für Mädchen Rich. **Höhn** gewonnen, dem zur Unterstützung Oskar **Maier** beigegeben wurde. Als Unterkassier stellte sich in dankenswerter Weise wieder Karl **Jörger** zur Verfügung. Unter Verschiedenes wurde mitgeteilt, daß auf Einladung Kreis-Frauenturnwart **Jäckle**-Schwenningen mit einer Frauenriege im Februar hier und in Wildbad Gelegenheit nehmen werde, das Frauenturnen in seinen verzweigten Gebieten einer weiten Oeffentlichkeit vorzuführen, um für das Frauenturnen Interesse und Verständnis zu wecken. Der Riege wurde ein gastlicher Willkomm in Aussicht gestellt und u. a. betont, daß zu der Veranstaltung namentlich auch das weibliche Geschlecht einschl. der Mütter geladen werden soll, weil es hin und wieder sich zeige, daß gerade letztere dem Frauenturnen noch etwas unsympathisch gegenüberstehen. Weiter soll im Frühjahr ein Lehrgang stattfinden, um Führer zur Heranbildung von Turnern zu gewinnen. Vom Fußballverein lag ein Schreiben vor, in welchem um Mitunterzeichnung eines Gesuchs an den Gemeinderat betr. Verlegung des Sportplatzes vom Breiten Tal auf die Große Wiese gebeten wird. Vorstand **Finkbeiner** bemerkte, daß der Gemeinderat, wie aus dem Sitzungsbericht ersichtlich, seinerzeit zur Ablehnung des Gesuchs gekommen war, weil Interessen des Volksganzen überwiegend waren, doch soll die Sache später nochmals behandelt werden. Der Gegenstand zeitigte eine lange Debatte, an welcher sich mehrere Mitglieder beteiligten. Stadtschultheiß **Knodel** bemerkte, daß er persönlich der Sache völlig neutral gegenüberstehe und sich auf jeden Fall der Abstimmung enthalten werde. Zur Klärung gegenüber der verneinenden Mehrheit des Gemeinderats gab er ein Bild über die Entwicklung der Sportplatzfrage. Er wies auf den verunglückten Versuch im Jahr 1919 hin, einen Sportplatz im Schloßgarten und im Stadtwald auf der Wieß zu schaffen. Schließlich kam man auf den heutigen Sportplatz im Breiten Tal. Es war dies unverkennbar ein großes Opfer der Stadtverwaltung angesichts der damals herrschenden Milchknappheit. Der Platz wurde 1919 mit bedeutenden Kosten geschaffen und 1923 mit weiteren erheblichen Kosten entwässert. Nun sollte 1925 oder 1926 alles Geschaffene umgeworfen und ein Spielplatz auf der Großen Wiese geschaffen werden. Er gebe zu, daß es für die Spieler auf der Großen Wiese angenehmer wäre, aber die Fläche sei nun einmal verpachtet und man könne der Stadt nicht zumuten, daß sie auf die Pachtgelder angesichts der heutigen mißlichen Wirtschafts- und Finanzlage verzichte und weiter noch erhebliche Kosten für das neue Projekt aufwende. Das wäre finanziell völlig unverantwortlich und untragbar, denn man müsse heute in der Gemeindeverwaltung äußerste Sparsamkeit walten lassen. Der Platz auf der Großen Wiese sei nicht eben und mit Wässerungsgräben durchzogen, auch sei dort eine Kanalisation geplant, worüber die Verhandlungen bereits im Gange wären. Die Entfernung des Spielplatzes im Breiten Tal sei nicht derart groß, daß sie nicht von jungen Leuten und Interessenten ohne sonderliche Anstrengung überwunden werden könnte. Außerdem bestehe auf der Großen Wiese ein Bebauungsplan, der bereits vorläufig genehmigt sei. In Aussicht genommen sei dort auch ein Schulhausneubau, der angesichts der besonderen Dringlichkeit nicht mehr lange hinausgeschoben werden könne. Es würde sich also nur um eine kurze Zeit handeln, während welcher dort der Platz für Spiele zur Verfügung stände. Alle diese Erwägungen hätten den Gemeinderat in seiner Mehrheit zu einer Ablehnung des Gesuches im letzten Halbjahr geführt. Fritz **Röck**, Schriftführer des Fußballvereins, begründete das Gesuch. Er wies auf die ungünstige Lage im Breiten Tal hin, die es auch den Turnern schwer mache, ihre Spiele dort zu treiben. Der Turnplatz sei für verschiedene Uebungsarten, wie Schleuderball-Weitwurf, Speerwerfen und 100-Meter-Lauf ungeeignet. Die Fußballspieler können, weil der Platz im Breiten Tal vielfach unter Wasser stehe und deshalb nicht spielfähig sei, ihre Kräfte nicht recht entfalten, müssen deshalb auf fremden Plätzen trainieren und gelangen somit ins Hintertreffen. Vom sportlichen Standpunkt aus betrachtet wäre es für die spielende Jugend einschl. der Lehrer besser, einen Weg von nur fünf Minuten denn eine halbe Stunde zu machen. Wie die Erfahrung lehre, werde fast jedes Jahr bei größeren Veranstaltungen die Große Wiese benützt. Nach längerer Aussprache, in welcher sowohl das Für wie das Wider zur Geltung kam, wurde in geheimer Abstimmung mit 23 gegen 13 Stimmen beschlossen, das Gesuch des Fußballvereins mit zu unterzeichnen. In herzlichen Dankesworten wurde noch anläßlich seines 100. Geburtstages des Turnvaters Theodor Georgii, des Begründers und langjährigen 1. Vorsitzenden der Deutschen Turnerschaft, gedacht und sein Andenken durch Erheben von den Sitzen feierlich geehrt. Eine scharfe Verurteilung erfuhr die ungemein lange Belegung der Turnhalle gelegentlich der letzten Ausstellung des Geflügel- und Kaninchenzuchtvereins, die es sowohl den Schulen wie den Turnern unmöglich machten, den Turnbetrieb auszuüben. Von Stadtschultheiß Knodel wurde zugesagt, daß derartige Mißstände künftig unter allen Umständen unterbleiben müssen, die Benützung sei nicht auf solch lange Zeit zugesagt gewesen. Nachdem noch bezügl. Aufsicht über die Turnhalle und die Kontrolle der Schlüssel sowie über die Verpflichtung jedes einzelnen Leitenden zur alsbaldigen Anzeige von Beschädigungen gesprochen worden war, kam als letzter Punkt zur Sprache die Beteiligung der jungen vaterländischen Verbände: Bismarckjugend, Wikingbund und Wehrwolf. Namens letzterer gab Oberreallehrer **Widmaier** als einstweiliger Vertrauensmann seiner Meinung dahin Ausdruck, daß jeder vaterländisch gesinnte junge Mann es als Pflicht betrachten müsse, durch Turnen und Leibesübungen in Jahn'schem Geiste sich für das große Ganze zu ertüchtigen. Gerade die der Deutschen Turnerschaft angehörenden Vereine bilden für die jungen Leute den geeigneten Boden, nur sollen Spötteleien wegen ihrer Gesinnung unterbleiben. In diesem Sinne werde er auf die ihm unterstellten jungen Leute einwirken. Vorstand **Finkbeiner** begrüßte dies und betonte nachdrücklichst, daß der Turnverein neutraler Boden sei, auf dem sich jeder in Leibesübungen betätigen könne, ohne daß er wegen seiner sonstigen politischen Gesinnung angesehen werde. Zu politischer Betätigung jedoch sei im Turnverein kein Platz. Damit war die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem nochmaligen Appell an alle Vereinsangehörigen zu reger Teilnahme im Turnbetrieb in seinen verschiedenen Abteilungen.

(**Wetterbericht.**) Die Depression im Nordwesten rückt immer mehr gegen Süddeutschland vor, doch erweist sich der Hochdruck im Südosten als ziemlich widerstandskräftig, sodaß für Dienstag und Mittwoch nur zeitweilig bedecktes und weise regnerisches Wetter zu erwarten ist.

≻ **Birkenfeld**, 23. Jan. Für die am 14. Febr. stattfind Landwirtschaftskammerwahl wurde als Wahlvorsteher schreiber Bürkle und als dessen Stellvertreter Gemeindepfl Bolay berufen. Von der Bildung mehrerer Abstimmun bezirke wurde Abstand genommen. Als Wahllokal wurde untere Rathaussaal bestimmt. Bei der in der Samstagnum enthaltenen Notiz betr. abgewiesene Wahlanfechtung bitten statt sportelfrei sportel**pflichtig** zu lesen.

≻ **Birkenfeld**, 24. Jan. Gestern nachmittag wurde der Alter von 77 Jahren verstorbene Friedrich Bester unter reicher Beteiligung zur Erde bestattet. Bester war Mitbeg der des Sängerbundes und gehörte dem Verein über 50 J als eifriges Mitglied an. Als Zeichen des Dankes und Wertschätzung legte Vorstand Förschler einen Kranz am G nieder. Mit dem Silcherschen Männerchor „Stumm schläft Sänger" fand die ernste Trauerfeier ihren Abschluß.

Württemberg.

Freudenstadt, 24. Januar. (Warnung vor Schwindlern.) hiesige Kriminalwache warnt vor dem Betrüger Josef Renn, 25 Jahre alt, der sich schon seit einiger Zeit ohne Mantel und bedeckung in Freudenstadt und Umgebung herumtreibt und be eine Anzahl Personen, insbesondere Hotel- und Gasthofbesitzer, schädigt hat. — Ferner wird vor einer Frauensperson von Reh gewarnt, die hier in zweifelhafter Kleidung einer Rotenkreuzschwe aufgetreten ist und angab, in der Poliklinik in Tübingen in Stel zu sein, was sich als unwahr herausstellte.

Stuttgart, 24. Jan. (Die Polizei auf dem Motorrad.) Am d. Mts. traf ein Hausbettler in einer Wohnung in Zuffenhausen 15jähriges Mädchen allein an und machte ihr unsittliche Antr Durch ihre Hilferufe wurde er aber vertrieben und flüchtete. Info der Rufe des Mädchens hatte sich vor dem Hause ein Auflauf geb In diesem Augenblick kamen zwei Beamte der Stuttgarter Verkeh polizei auf ihrem Motorrad mit Seitenwagen vorbei und hörten dem Vorfall. Sie nahmen rasch einen Jungen, der den Mann sehen und aussagte, er sei mit der Straßenbahn Stuttgart zu gefah im Seitenwagen mit. Als das Motorrad den Straßenbahnwag am Pragwirtshaus einholte, war der Mann nicht mehr im Wa die Fahrgäste sagten, in Feuerbach sei ein Mann ausgestiegen. gelang es mit Hilfe des Knaben, den Mann zu verhaften, der noch während der Fahrt an einer Kurve aus dem Seitenwagen aussprang, aber wieder eingefangen wurde und der Kriminalpo übergeben werden konnte.

Stuttgart, 23. Januar. (Besitzwechsel.) Der Vorstand des krankenkassenverbandes hat das früher Jobstsche, jetzt Minimax wesen, Militärstraße 22, zur Arrondierung seines Grundbesitzes a Militär-, Falkert- und Forststraße angeblich um 350 000 Mark worben. Die Mittel sollen durch ein Anlehen aufgebracht wer Vor der Erstellung der Neubauten soll mit allem Nachdruck auf Senkung der Kassenbeiträge hingewirkt werden.

Stuttgart, 23. Januar. (Ein Rätsel.) Der „Schwäb. Tagwa wird geschrieben: Wer in der letzten Zeit die amtlichen Marktberi der Landesprodukte von Stuttgart und Berlin vergleicht, steht einem Rätsel. Es kosten: 100 Kilo Weizen in Berlin 25,10 Ma in Stuttgart 24,75 Mark; 100 Kilo Mehl in Berlin 36 Mark, Stuttgart 43,25 Mark. Weil in Berlin das Getreide teurer ist, d halb ist in Stuttgart das Mehl teurer. Ein merkwürdiger Ausglei

Stuttgart, 23. Jan. (Landwirtschaftliche Woche.) Der Land Hauptverband für Württemberg und Hohenzollern veranstaltet in Tagen vom 6. bis 8. Februar in Stuttgart im Rahmen einer Lan wirtschaftlichen Woche eine Zusammenkunft der württemberg Landwirtschaft. Der erste Tag wird mit Vorstands- und Aussch sitzungen verschiedener Vereinigungen ausgefüllt sein, der Sonntag 7. Februar — bringt eine große Anzahl von Tagungen von Verbän die teilweise über das Gebiet Württembergs und Hohenzollerns ragen. Die große Mitgliederversammlung des Landw. Haupt bands beginnt nachmittags 1 Uhr im großen Saal des Gustav Sieg Hauses. Das ausführliche Programm wird noch bekanntgeg

Erligheim, OA. Besigheim, 23. Jan. (Geständnis.) Der dem Verdacht, den Brand in seinem Anwesen selbst gelegt zu hab verhaftete Schreiner Grimm hat nun ein Geständnis abgelegt. Grim der dem Vernehmen nach überschuldet ist, wollte ein neues Ha haben. Nur hat er nicht den rechten Weg dazu gewählt.

Gingen, 23. Jan. (Eine neue Tropfsteinhöhle.) Durch Zuf wurde vor einigen Wochen beim Hohenstein, unweit Kuchalb, ei Höhle in der Deltaschicht des weißen Jura-Gesteines entdeckt. Knaben aus Kuchen krochen in ein Erdloch, das bisher nicht beachtet worden war. Es zeigte sich, daß der Gang sich mehr mehr erweiterte und daß hier eine schöne, tropfsteinreiche Höhle entdeckt wurde. Bald wurde die Umgebung aufmerksam und an folgenden Tagen setzte sofort Massenbesuch ein. Die Höhle liegt Markung Kuchen.

Reutlingen, 24. Jan. (Milchkrieg.) Im Reutlinger Bezi ein Milchkrieg entbrannt. Bei den Verhandlungen zwischen Bedarfs- und Lieferverbänden war eine Einigung dahin zust gekommen, daß der Bahnpreis für den Liter um 2 Pfennig ermä

Vergib.

Original-Roman von H. Courths-Mahler

2. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Wirklich nicht? Die Klimschen hat mir die Hölle heiß gemacht — sie sagt, die Luft hier wäre sehr schlecht für dich."

Lori lächelte.

„Das Fenster ist ja offen."

„Na, ja — jetzt! Aber vordem hast du ruhig hier gesessen und den Rauch geschluckt, ohne zu mucksen und ohne die Fenster zu öffnen."

Sie ließ sich neben ihm in einen Stuhl gleiten.

„Und bin nicht erstickt, Väterchen! Du weißt doch — Engelsköpfe müssen in Wolken schweben", neckte sie.

Er strich über ihr lockiges Haar und sah mit Wohlgefallen in das liebe, junge Gesicht, dessen frische Farben von blühender Gesundheit zeugten.

„Hm! Stimmt! Das mit dem Engelsköpfchen brauchst du garnicht ironisch zu sagen. Aber mit den Wolken — na, in Zukunft bleiben die Fenster offen, wenn ich rauche."

„So lange die Sonne warm scheint — ja, Väterchen! Also vorhin — du warst so schön eingeschlafen, da bin ich schnell mal ins Dorf gelaufen. Ich habe gleich mit nach der Frau Kruse gesehen. Du — einen Prachtjungen hat sie bekommen. Pausbacken hat er und schreien kann er, daß einem Hören und Sehen vergeht. Ich kam gerade zurecht, die arme Frau aus tausend Aengsten zu befreien. Es war kein Mensch bei ihr und der Schreihals wollte spazieren getragen sein."

„So, so — und da hast du das gleich besorgt und Kindermädchen gespielt?"

Lori nickte eifrig.

„Natürlich, Väterchen. Das Kerlchen sah so nett und sauber aus, zum Anbeißen. Wo es notwendig ist, da muß man zugreifen. Diese Lehre stammt von dir."

Es leuchtete warm auf in den Augen des alten Herrn.

„Bist ein Prachtmädel, Lori, immer hilfsbereit, immer willig, noch ein Päckchen mehr auf deine Schultern zu nehmen."

Sie reckte sich tief atmend.

„Die sind auch stark genug. Und es ist so schön, zu fühlen, daß man zu etwas nütze ist auf der Welt. Wenn ich die Gewißheit nicht hätte — was bliebe mir denn da?"

„Halloh, Mädel — für deine zwanzig Jahre ist mir diese Philosophie zu grau. Es bleibt dir doch wohl noch Schöneres, als dich für andere aufzuopfern! Du bist auch für dich selbst auf der Welt!"

Wie ein Schatten huschte es über das lebensfrische Gesicht Loris. Sie faßte die Hand des alten Herrn und legte ihre Wange darauf. Dann sagte sie mit einem Seufzer:

„Ach, Väterchen — siehst du — schon dieses Wort ist geborgt. Alles in meinem Leben ist sozusagen nur geliehenes Gut. Alles muß ich mir jeden Tag neu verdienen, um nur einen Schein des Rechtes daran zu haben. Deshalb käme ich mir schrecklich überflüssig vor, wenn ich nicht zu etwas nütze wäre auf der Welt. Ich habe ja kein Anrecht an das, was ich besitze — wie andere Menschen, denen Vater und Mutter dies Anrecht geben —"

Der alte Herr fuhr auf.

„Aber du Dummerchen — was sind denn das für Mucken? Das kenne ich ja garnicht an dir! Wo kriegst du plötzlich solche Grillen her? Du, solche Gedanken schlage dir aus dem Sinn, sonst nehme ich dich mal bei den Ohren, du dumme Marjell", schalt er sichtlich erregt.

Der ernste Ausdruck in Loris Gesicht wich einem Lächeln.

„Ist nicht nötig, Väterchen! Das besorge ich schon selbst. Tüchtig nehme ich mich manchmal bei den Ohren. Solche Grillen, wie du es nennst, sind nichts Neues bei mir, ich spreche nur nicht davon. Aber wahr ist doch, was ich sage."

„Unsinn ist's! Nichts als Unsinn, du Kindskopf! Und den treib ich dir aus", schalt er ärgerlich.

Sie streichelte seine Hand.

„Liebes, gutes Väterchen, du meinst es so gut mit mir, das weiß ich. Aber siehst du, es ist für mich ein trauriges Gefühl, wenn ich mich so umschaue im Leben und sehe, wie Eltern und Kinder so selbstverständlich zusammengehören. Als ich vorhin sah, wie die junge Frau Kruse ihren Buben herzte und küßte, da mußte ich daran denken, daß ich auch so ein hilfloses Baby war, als meine Eltern mich allein ließen."

„Na, weißte, Lorchen, du brauchtest wirklich nicht zur Kruse zu gehen, um solche dummen Gedanken zu kriegen," stieß Herr von Hohenstein hervor, heftige Rauchwolken in die Luft paffend.

Lori seufzte leise.

„Ich rufe solche Gedanken nicht — sie kommen von selbst."

„Aber, Mädelchen, du bist doch sonst so ein forsches, vernünftiges Kerlchen — bist doch sonst kein Kopfhänger!"

„Das bin ich auch heute nicht, Väterchen. Ich hätte auch heute nichts gesagt, aber auf dem Heimweg packte mich eine solche Sehnsucht, wieder mit dir von meinen Eltern zu sprechen. Seit Jahren ist das nicht mehr geschehen — seit — ja — seit Mütterchens Tod nicht mehr. Damals, als Mütterchen gestorben war, da haben wir von meinen toten Eltern gesprochen. Mütterchen erzählte mir zuweilen von meiner wirk Mutter. Aber du hast mir nie etwas erzählt."

„Weil es nicht nötig ist, daß du an solch traurige Sachen erinnerst wirst. Du sollst mein lustiges Mädel bleiben und dich nicht mit trüben Gedanken plagen."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW
Kreisarchiv Calw

wird. Die Preisänderung ſollte am 16. Januar in Kraft treten. Der Landwirtſchaftliche Bezirksverein Reutlingen hat nun einen Aufruf erlaſſen, ſich nicht an die Abmachung zu halten. Die Möglichkeit eines Milchpreisabſchlags zeigt das Anerbieten einer Gemeinde aus dem Bezirk Herrenberg, die Milch frei Bahn Reutlingen zu 19 Pfennig zu liefern. Der hieſige Milchhandel ſoll bei Verweigerung des Preisabſchlags die Milch von anderswo beziehen. Der Gemeinderat will darauf dringen, daß die Vereinbarung zwiſchen den Verbänden eingehalten wird und daß auch die Milchhändler den Preis um 1 Pfg. herabſetzen.

Zwiefalten, OA. Münſingen, 23. Jan. (86. Geburtstag.) Der Hiſtorienmaler Karl Baumeiſter, der Altmeiſter der chriſtlichen Kunſt und Ehrenbürger der Gemeinde Zwiefalten, der noch Schüler von Cornelius war und zahlreiche Kirchen in Württemberg und Bayern und auch im Ausland durch ſeine einſt hochgefeierte Kunſt mit Altarbildern ausgeſchmückt hat, tritt am 24. ds. Mts. ins 87. Lebensjahr. Der verehrungswürdige Meiſter erfreut ſich einer ſeltenen körperlichen und geiſtigen Friſche und ſteht noch täglich an der Staffelei.

Schramberg, 23. Jan. (Zurücknahme der Ausſperrung.) Nach einem Anſchlag in den hieſigen Fabriken iſt die ausgeſprochene Kündigung zurückgenommen worden. Die Löhne werden nach den Sätzen des Schiedsſpruchs bezahlt. Darnach wird der Ecklohn von 68 auf 66 Pf., der Stundenlohn in der Spitze um 2 Pf., der Akkordſatz um 3 Proz. ermäßigt.

Schwenningen, 23. Jan. (Arbeiternot.) Ueber den Antrag der ſozialdemokratiſchen Gemeinderatsfraktion betreffend Fürſorge für die notleidenden Arbeiter ſollte in einer außerordentlichen Gemeinderatsſitzung verhandelt werden. Nach der Begründung des Antrags durch den Vorſitzenden der Sozialdemokratie, Matthias Fleig, beantragten die Deutſch-Demokraten Ueberweiſung des ſozialdemokratiſchen Antrags an die zuſtändigen Kommiſſionen. Damit war eine grundſätzliche Ausſprache über die durch die Ausſperrung für den hieſigen Platz geſchaffene Lage nach der Geſchäftsordnung unmöglich geworden. Infolgedeſſen verließ die geſamte Linke (Sozialdemokraten, Kommuniſten und ein parteiloſer Gemeinderat) geſchloſſen den Sitzungsſaal.

Tuttlingen, 24. Jan. (Verurteilter Sittlichkeitsverbrecher.) Der 27 Jahre alte Ernſt Löhrer hatte in der Nacht vom 9. auf 10. Dezember v. J. unter Drohung an einem 18jährigen Handwerksburſchen am Zollhaus unſittliche Handlungen ſchwerſter Art begangen. Bei der unter Ausſchluß der Oeffentlichkeit geführten Verhandlung des Schöffengericht erhielt er zehn Monate Gefängnis. Die Unterſuchungshaft kam nicht in Anrechnung. Trotz dieſer milden Strafe fand der Angeklagte noch den Mut, Berufung einzulegen, ſodaß auch die Strafkammer Rottweil ſich noch mit der Reinigung dieſer ſchmutzigen Wäſche zu befaſſen hat.

Ebingen, 24. Januar. (Bautätigkeit.) Im vergangenen Jahr wurden hier von Privaten mit Unterſtützung der Stadtgemeinde 46 Ein- und Zwei-Familienhäuſer, ferner drei Reihenhäuſer mit vier bis fünf Wohnungen, ohne Unterſtützung der Stadt 25 Häuſer, zuſammen alſo 74 Häuſer mit insgeſamt 107 Wohnungen errichtet. Bei der Wohnungskreditanſtalt hat die Gemeinde eine Bürgſchaft in Höhe von 29700 Mark übernommen. Ende des Jahres gab es hier noch 212 Wohnungſuchende.

Steig, OA. Laupheim, 23. Jan. (Abgrabung eines Friedhofs.) Gegenwärtig wird hier der alte Kirchhof abgegraben, der ſich an der Südſeite der Kirche befindet. Im Jahre 1470 wurde er hier angelegt, nachdem der Pfarrſitz und die Kirche von Harthauſen nach Steig verlegt wurden. Ueber 400 Jahre war er im Gebrauch. Da er ſich bei der ſtetig zunehmenden Bevölkerung für die Pfarrei als zu klein erwies, fanden auf ihm ſeit dem Jahre 1875 keine Beerdigungen mehr ſtatt, nachdem in dieſem Jahre außerhalb des Ortes ein neuer geräumiger Friedhof angelegt wurde. Rüſtig ſchreiten nun ſeit etlichen Tagen die Abgrabungsarbeiten fort. Bereits ſind die Umfaſſungsmauern abgebrochen und ſchon ein großer Teil des Bodens iſt auf die Wieſen übergeführt worden. Die Leichen mußten da früher tatſächlich aufeinandergebeugt worden ſein. Schon in einer Tiefe von etwa 70 Zentimeter ſtößt man auf Knochengerüſte. Ein Knochen reiht ſich bereits an den andern. Bald ſind es Röhrenknochen, bald ſind es Schädel mit zum Teil noch vollſtändigen und ſehr ſchön erhaltenen Gebiſſen, bald ſind es eine ganze Menge von Wirbeln, die zum Vorſchein kommen. Die größeren irdiſchen Ueberreſte der Leichen werden geſammelt und wieder der Erde übergeben. Den Anſtoß zu dieſer Abgrabung gab das Oberamt Laupheim bei der letzten Gemeindeviſitation. Die Straße, die um dieſen Kirchhof führt, macht eine gewaltige Kurve, die große Langholzfuhrwerke kaum zu nehmen vermögen und auch manchem Radfahrer in unliebſamer Erinnerung iſt. Dieſe Straßenkurve ſoll nun durch die Bodenabhebung abgeſchwächt und die Straße ziemlich gerade gelegt werden.

Gmünd, 23. Januar. (Gut abgelaufen.) Ein Unfall, der noch glücklich ablief und den Beteiligten ſelbſt noch Spaß machte, ereignete ſich heute früh in der Sebaldſtraße vor der Kreuzwirtſchaft. Das Pferd eines Einſpännerſchlittens, der fünf Perſonen in die Stadt brachte, ſcheute vor einem entgegenkommenden „Schnauferl“ (Motorrad) und warf ſeine Laſt ab, ohne daß den Erſchrockenen dabei etwas geſchah. Das Pferd raſte dann über den Markt zurück nach Unterbettringen.

Ellwangen, 23. Jan. (Ein Schwindler.) Der Schloſſer Deiſſer aus Schleswig wurde hier als ſog. „Weltbummler“ aufgegriffen. Er ſuchte verſchiedene Geſchäfte auf, in denen er angab, zu Fuß die ganze Welt durchwandern zu wollen, und Anſichtskarten von ſich und eine Schrift über ſeine Lebenserfahrungen bei dieſer Weltwanderung anbot, um ſich ſo das nötige Geld zu verſchaffen. Die Polizei hatte allerdings kein Verſtändnis für dieſen Trick des Bettlers.

Baden.

Pforzheim, 23. Jan. Das Kurhotel „Schwarzwaldpforte“ iſt dieſer Tage durch Kauf in den Beſitz der Frau Anna Wiedemann in Karlsruhe, Zähringerſtraße 31, übergegangen.

Pforzheim, 23. Jan. In dem Brand des Stuttgarter Bananen-Autos iſt richtig zu ſtellen, daß der Führer desſelben nicht geflohen iſt, ſondern der Fahrer verſuchte, ſeinen Wagen zu löſchen und erſt, als ihm dieſes nicht gelang, ſuchte er im nahegelegenen Elektrizitätswerk um Hilfe nach, welche ihm auch ſofort gewährt wurde. Aber leider waren die Löſchverſuche vergebens, weil der Benzintank ſchon Feuer gefangen hatte. Der Fahrer hat alſo ſeine volle Pflicht getan.

Nußloch, 23. Jan. Bei einer Einwohnerzahl von 3701 Perſonen zählt die Gemeinde Nußloch zurzeit 663 Erwerbsloſe.

Spielberg, 22. Jan. Die unternommene Sauhatz im hieſigen Bezirk wird fortgeſetzt. Heute konnte ein Keiler von zwei Zentnern zur Strecke gebracht werden.

Villingen, 24. Jan. Nachdem der Donaueſchinger Schiedſpruch vom Reichsarbeitsminiſter für verbindlich verklärt worden iſt, hat der Verband der Uhreninduſtrie beſchloſſen, die Verbandsfirmen anzuweiſen, die Arbeit in den Betrieben am Montag, den 25. Januar, wieder aufnehmen zu laſſen, ſoweit nicht infolge der ſchlechten Geſchäftslage der ſchlechten Zahlungseingänge der Werkurlaub auch weiterhin beibehalten werden muß. Die größte Uhrenfabrik in Villingen, die Fa. Kienzle, kann infolge Nichtausführung von durch den Streik hervorgerufenen Reparaturen, Platzen von Röhren uſw. nicht ſchon am Montag die Arbeit aufnehmen. Wegen der ſchlechten Geſchäftslage iſt eine größere Reduzierung der Belegſchaft vorgeſehen, zu der der Demobilmachungskommiſſar ſeine Zuſtimmung gegeben hat.

Furtwangen, 23. Jan. Die Leiche des bei dem Brande ſeines Anweſens in den Flammen umgekommenen Gemeindeforſtwarts Hummel iſt heute im Schopf aufgefunden worden. Der Rumpf des Verunglückten war vollſtändig verkohlt.

Vermiſchtes.

Was in München an Geld verloren wird. Nach der Statiſtik der Polizeidirektion über die bei ſeinem Fundamt erſtatteten Anzeigen wurden im Jahre 1925 180 000 M. Bargeld und 86 300 M. in Wertpapieren verloren. Als gefunden wurden erheblich geringere Beträge gemeldet und zwar 38 253 M. Bargeld und 8630 M. in Wertpapieren. Den Verlierern konnten durch das Fundamt wieder 24 622 M. und 2546 andere Gegenſtände zugeſtellt werden. Die Zahl der Fundanzeigen betrug 6819, die der Verluſtanzeigen 10 356. Das weibliche Geſchlecht trägt den Hauptanteil der Verluſte. Die Zahl der angezeigten Fundunterſchlagungen belief ſich auf 90; in 52 Fällen konnten die Täter ermittelt werden.

Verurteilung von Hüttendieben. Vor dem Amtsgericht in Immenſtadt wurden vier junge Leute abgeurteilt, die eine Holzhauer- und eine Privatſkihütte erbrochen hatten, aus denen ſie Lebensmittel und andere Gegenſtände entwendeten. Nur die bisherige Strafloſigkeit bewahrte ſie vor dem Zuchthaus. Das Urteil lautete gegen zwei der Burſchen auf neun Monate Gefängnis, gegen die beiden anderen auf vier bzw. drei Monate Gefängnis wegen Einbruchsdiebſtahls.

Im Kampf gegen Wilderer. Einen ſchneidigen Jäger beſitzt der Jagdpächter Dr. Boſch von Stuttgart in Pfronten. Es iſt dies der verheiratete Jäger Georg Babel von Pfronten. Er hat ſchon viele Wilderer geſtellt, wobei es nicht immer glatt abging. Jüngſt ertappte Babel im Kienberg wieder einen Wilderer, der auf Gemſen und Hirſche pirſchte. Babel gab auf den Wilderer, der ſich anſcheinend nicht ergeben wollte, einen Schuß ab. Durch dieſes energiſche Vorgehen warf der Wilderer die Flinte weg und ergab ſich. Der wegen Wilderns bereits vorbeſtrafte Mann wurde in das Gefängnis eingeliefert.

Verunglückte Skier. Am letzten Sonntag ſind in den Bergen der Schlierſeer und Tegernſeer Gebietes beim Skilaufen nicht weniger als 17 Perſonen mehr oder minder ſchwer verunglückt. Die Verletzten wurden durch den Sanitätszug der Bergwacht nach München eingeliefert.

Eine Verhaftung mittels Radio. Ein junger Kaufmann aus Düſſeldorf, der in Münſter i. W. beſchäftigt war, war ſeinem Arbeitgeber mit 3400 M. durchgebrannt und wurde von Münſter aus durch Rundfunkwarnungen geſucht. Nachdem er das geſtohlene Geld in Köln, Brüſſel und Antwerpen verjubelt hatte, kehrte er wieder nach Deutſchland zurück. In Prüm (Eifel) wurde er von einem Radioteilnehmer auf Grund des funkentelegraphiſchen Steckbriefs erkannt und verhaftet.

Wenn ich dich ſeh' dann muß ich weinen! Im „Verdener Tageblatt“ iſt zu leſen: Steuern zahlen! Brrr! Vor kurzem poſtierte ſich da vor dem Syker Finanzamt ein braver Leierkaſtenmann. Hoch erfreut recken die jungen Herren des Finanzamtes die Hälſe zum Fenſter hinaus. Eine willkommene Abwechſlung, dieſe Leierkaſtenmuſik. Man ſammelt, ein paar Groſchen fliegen zum Fenſter hinaus. Unentwegt ſpielt der „Künſtler“ weiter, immer dasſelbe Lied: „Wenn ich dich ſeh' dann muß ich weinen!“ Keine Abwechſlung, obwohl noch einige Groſchen bezahlt wurden. Immer nur das ſchöne Lied vom Weinen. Endlich fragt einer, warum gerade dieſes Lied geſpielt werde. Ein verſchmitztes Lächeln des Leierkaſtenmannes, und dann gibt er die Aufklärung: Irgend ein boshafter Menſch hatte ihm 10 Mark in die Hand gedrückt, wofür er vor dem Finanzamt das ſchöne Lied vom Weinen eine geſchlagene Stunde ſpielen ſollte!

Ein „verprügelter“ Wunderdoktor. Einem Wunderdoktor, der in Römershofen bei Haßfurt weibliche Perſonen durch Hypnoſe vom Rheumatismus befreien wollte, erging es ſehr übel. Die Dorfburſchen waren mit der Tätigkeit des „Medizinmannes“ nicht einverſtanden, prügelten ihn weidlich durch und übergaben ihn der Polizei.

Der Poſtſcheckverkehr 1925. Der Poſtſcheckverkehr erfreut ſich zunehmender Beliebtheit. Im Kalenderjahr 1925 iſt die Zahl der Poſtſcheckkonten bei den 19 Poſtſcheckämtern des Deutſchen Reiches von 809 000 (Ende 1924) auf 857 000 Konten, alſo um 48 000 geſtiegen. Der Umſatz betrug rund 111 000 Millionen R.M. (1924: 79 000 Mill. R.M.) in 526 (408) Millionen Buchungen. Von dem Umſatz wurden 87 000 Millionen R.M. (1924: 62 000 Mill. R.M.) oder 79 Prozent bargeldlos abgewickelt. Das Guthaben der Poſtſcheckkunden hat infolge der allgemeinen Geldknappheit nicht zugenommen; es betrug im Jahresdurchſchnitt 572 Mill. R.M. gegen 575 Mill. R.M. Ende 1924. Sehr erfreulich iſt die ſtarke Zunahme der Ueberweiſungen von Konto zu Konto, deren Pflege die Hauptaufgabe des Poſtſcheckverkehrs iſt. Durch Ueberweiſung wurden 81 000 Mill. R.M. (1924: 57 000 Mill. R.M.) in 291 (236) Millionen Buchungen beglichen.

Erhöhung des Brotpreiſes in Paris. Mit Rückſicht darauf, daß die Getreidepreiſe auf der Pariſer Produktenbörſe geſtiegen ſind, iſt der Brotpreis pro Kilo von 1,60 auf 1,75 Franken erhöht worden.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 23. Jan. (Obſt- und Gemüſegroßmarkt.) Edeläpfel 25—35, Tafeläpfel 15—25, Walnüſſe 35—40, Kartoffeln 4—5, Endivienſalat 10—20, Wirſing 10—15, Filderkraut 5—7, Weißkraut 5—7, Rotkraut 7—8, Blumenkohl pro Stück 70—1.—, Roſenkohl 15—30 pro Stück ½ Kg. 40—50, Roterüben ½ Kg. 6—8, gelbe Rüben 7—10, Zwiebel ½ Kg. 7—12, Rettiche 1 Stück 3—6, Sellerie 1 Stück 10 bis 25, Schwarzwurzeln 35—45.

Holzpreiſe. Bei dem Brennholzverkauf der Gemeinde Aichelau, OA. Münſingen, wurden für Buchenſcheiter 18—19 Mk., für Buchenprügel 10—14 (ſtarke 12—14 Mk., ſchwache 8—10 Mk.) und für Nadelholz 7 Mk. fürs Raummeter bezahlt. Zum Verkauf ſtanden 276 Raummeter Buchen- und ein kleines Quantum Nadelholz. — Beim Gräfl. Königseggſchen Holzverkauf in Aulendorf mit 550 Rm. aus nahegelegenen Revieren gingen die Preiſe hoch. Z. B. Anbruch (tannen) Anſchlag 8 Mk., Erlös 9.20 Mk., Nutzrollen, Anſchlag 12 Mk., Erlös 14 Mk., Buchenprügel, Anſchlag 10 Mk., Erlös 13.20 Mk., Buchenſcheiter, Anſchlag 13 Mk., Erlös 16.20 Mk. — Bei dem Brennholzverkauf des Gräfl. Pücklerſchen Forſtamts kam der Raummeter Tannenholz auf 12 Mk., Buchenholz auf 15—19 Mk.

Neueſte Nachrichten.

Günzburg a. D., 24. Jan. In der vergangenen Nacht wurde das Anweſen des Landwirts Kugelmann in Unterrohr ein Raub der Flammen. Ein zwölfjähriges Mädchen kam bei dem Brande um. Die Schwägerin des Beſitzers konnte ſich nur durch einen Sprung aus dem Fenſter retten. Ein der Brandſtiftung Verdächtiger wurde verhaftet.

Eſſen, 25. Jan. Die Wahlen zur Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbands endeten zum erſtenmal mit einem Sieg der Sozialdemokraten über die Kommuniſten und zwar mit 886 gegen 774 Stimmen. Damit haben ſeit fünf Jahren die Sozialdemokraten zum erſtenmal wieder die Mehrheit im Verband erhalten.

Chemnitz, 25. Jan. Der 72 Jahre alte Rentner Joſeph Kugler wurde in ſeiner Wohnung in Stein bei Chemnitz mit durchſchnittener Kehle aufgefunden. Unter dem Verdacht, den Mord begangen zu haben, wurde ſeine 35 Jahre alte Ehefrau verhaftet.

Greifenberg (Pommern), 24. Jan. Heute abend entſtand auf dem Rittergut Reſſin ein großes Schadenfeuer, dem drei Wirtſchaftsgebäude und 1400 Schafe zum Opfer fielen.

Berlin, 24. Jan. Im Reichstag wurde gelegentlich der Debatte über die Einſetzung eines Unterſuchungsausſchuſſes wegen der Fememorde Angriffe gegen die Heeresverwaltung erhoben, deren Erörterung dem Unterſuchungsausſchuß vorbehalten bleiben muß. Heute ſei nur feſtgeſtellt, daß die Behauptung, ein Regiment der ſogenannten "Schwarzen Reichswehr" habe vor dem Reichswehrminiſter und dem Chef der Heeresleitung einen Parademarſch ausführen dürfen, unwahr iſt.

Berlin, 24. Jan. Bei der Obduktion der Leiche des Seifenhändlers Mahns wurde im Körper Kohlenoxyd feſtgeſtellt, ſodaß alſo Gasexploſion als Urſache der Einſturzkataſtrophe in Moabit angenommen werden kann.

Lyck, 24. Jan. Das Schwurgericht verurteilte den Arbeiter Wilhelm Romack, der im Dezember 1925 ſeinen Vater durch mehrere Revolverſchüſſe tötete, zum Tode.

Budapeſt, 24. Januar. In der Frankenfälſchungsangelegenheit wurde Geroe einem neuen Verhör unterzogen, um feſtzuſtellen, woher die Notenpreſſe und das Papier beſchafft wurden. Nach dem Verhör erklärte der Oberſtaatsanwalt gegenüber Berichterſtattern, der Fragebogen, den die Franzoſen ihm, dem Oberſtaatsanwalt, überreicht hätten, enthalte mehr als dreißig Fragen. Neue Namen ſeien aber von den Franzoſen nicht genannt worden.

Belgrad, 24. Jan. Wie die Blätter melden, ergibt ſich aus dem Anklagematerial gegen die Kommuniſten, daß eine nach dem Zellenſyſtem aufgebaute kommuniſtiſche Geheimorganiſation beſtand, die von Moskau über Wien geleitet wurde. Ein in Belgrad verhafteter bolſchewiſtiſcher Kurier war im Beſitz von Inſtruktionen und Geldmitteln und ſollte bei ſeiner Rückkehr gewiſſe Dokumente, die ihm die ſüdſlawiſchen Kommuniſten beſchafften, mitnehmen.

Rom, 24. Jan. Durch königliches Dekret iſt der italieniſche Unterrichtsminiſter ermächtigt worden, 1 155 000 Lire flüſſig zu machen für den Ankauf des Palazzo Giuſtiani, des bisherigen Sitzes der italieniſchen Freimaurerei und früher auch des Preußiſchen Hiſtoriſchen Inſtituts.

Rom, 25. Januar. Das Organ Farinaccis, „Regime Faſziſto“, kündigt an, daß der Matteotti-Prozeß in Chieti ſtattfinden werde. Die Verteidigung Duminis werde Farinacci ſelbſt übernehmen.

Paris, 24. Jan. Die von den kommuniſtiſchen Abgeordneten Vaillant, Couturier und Marcel Cachin eingelegte Berufung gegen das Urteil, durch das ſie wegen Aufreizung von Militärperſonen zum Ungehorſam zu ſechs Monaten Gefängnis und 2000 Francs Geldſtrafe verurteilt wurden, wurde verworfen.

Brüſſel, 24. Jan. Der Rücktritt des Generalſtabschef hat in militäriſchen Kreiſen größte Beunruhigung hervorgerufen. 700 Offiziere haben ihren Abſchied erbeten, darunter allein 12 Generale. Der Kriegsminiſter hat 626 Offizieren die beantragte Dienſtentlaſſung erteilt.

London, 25. Jan. Der „Obſerver“ ſpricht die Hoffnung aus, daß Deutſchland ſeinen Eintritt in den Völkerbund nicht von der Regelung der Frage der Zahl der Beſatzung abhängig machen werde, erkennt aber im übrigen die Berechtigung des deutſchen Standpunktes an, daß eine Vermehrung der Truppen in der zweiten und dritten Zone um 20 000 Mann unzuläſſig iſt. Das Blatt erklärt, die neue Politik der Verſöhnung von Locarno müſſe fortgeſetzt werden und dieſe reime ſich nicht mit den Bajonetten zuſammen.

Kairo, 25. Januar. Die Automobilexpedition des Majors Court Treatt und ſeiner Frau iſt geſtern in Kairo eingetroffen, nachdem ſie von Kapſtadt aus ganz Afrika der Länge nach in mehr als einem Jahr durchmeſſen hat. Der Expedition wurde ein begeiſterter Empfang zuteil.

Buenos-Aires, 24. Jan. Am 22. Januar begab ſich eine Abordnung des Kreuzers „Berlin“ auf den deutſchen Friedhof und legte am Kriegerdenkmal einen Kranz nieder. Zu einem Ausflug in die Umgebung hatte der Präſident der Republik ſeine Yacht zur Verfügung geſtellt. Außenminiſter Dr. Gallardo und der Generalſekretär des argentiniſchen Heeres, General Uriburu, kamen an Bord des Kreuzers, um Gegenbeſuche abzuſtatten. Abends fand ein Feſteſſen in den Räumen des deutſchen Ruderklubs „Teutonia“ ſtatt, das alle Deutſchen, aber auch die Spitzen der argentiniſchen Regierung vereinigte. Vom Kommandanten des Kreuzers „Berlin“, Zunkermann, und dem Offizierkorps wurde am Grabe des Generals San Martin ein Kranz niedergelegt. Abends war Empfang und Ball im Deutſchen Klub. Sämtliche Zeitungen veröffentlichen wiederum ausführliche, reich illuſtrierte Berichte über die Feierlichkeiten aus Anlaß des Beſuchs des deutſchen Kreuzers.

Proteſtkundgebung des Handwerks.

Stuttgart, 24. Jan. Wie in anderen Städten des Reiches fand heute in Stuttgart in drei Parallelverſammlungen im Siegle-Haus, im Stadtgarten und in der Staatsturnhalle eine große Proteſtkundgebung des ſchwäbiſchen Handwerks gegen den neuen Geſetzentwurf über den ſog. Preisabbau ſtatt, in dem das Handwerk ein Ausnahmegeſetz gegen ſeine Organiſationen erblickt. In das Referat teilten ſich in den drei Verſammlungen, die infolge zahlreichen Beſuchs aus dem ganzen Lande weit überfüllt waren, Abg. Henne-Tübingen, Abg. Fiſcher-Stuttgart und Dr. Frey-Heilbronn. Anweſend waren Vertreter der württ. Regierung, der Parteien des Landtags, der Landwirtſchaftskammer, des Württ. Induſtrie- und Handelstags und der Stadt Stuttgart. In der Verſammlung im Siegle-Haus begrüßte der Vorſitzende der Stuttgarter Handwerkskammer, Stadtrat Wolf, die Erſchienenen und teilte mit, daß die eingeladenen Miniſter infolge Verhinderung nicht hätten kommen können (Lebhafte Pfuirufe), dagegen Vertreter entſandt hätten. Landtagsabgeordneter Henne hielt ſodann das Hauptreferat. Er ſchilderte zunächſt den Werdegang der bisherigen ganz unklaren Preisabbauaktion der Reichsregierung, die im Volke nur trügeriſche Hoffnungen erweckt hätten und ſo aufgezogen geweſen ſeien, daß das Großkapital Zeit gehabt habe, die Oeffentlichkeit über die wahren Urſachen der Teuerung zu täuſchen. Die Großinduſtrie habe nun die Führung unternommen, das Handwerk und den Kleinhandel der Preistreiberei zu bezichtigen. Und wenn die Reichsregierung die Verantwortung für die Teuerung, die ſie ſelbſt trage, nun auf die Wirtſchaft oder einen einzelnen Berufsſtand abwälze, ſo ſei das ein politiſcher Bluff und eine Volkstäuſchung der ſchlimmſten Art. Die Reichsregierung hätte zuerſt prüfen ſollen, ob ſie überhaupt die Macht habe, Länder und Gemeinden, alle Organiſationen der Wirtſchaft zu zwingen, die notwendigen Opfer zur Geſundung unſerer Wirtſchaft zu bringen. Statt deſſen habe man den bequemen Weg gewählt, durch ein Ausnahmegeſetz gegen das Handwerk, das immer der Prügelknabe geweſen ſei, vorzugehen. Einer der Hauptkernpunkte der Teuerung ſeien die Preisbeſtimmungen und Zahlungsbedingungen der Syndikate und Kartelle, die von 400 im Jahre 1905 heute auf 3000 angewachſen ſeien. Die Handwerkerinnungen ſeien nicht annähernd ſo bedeutend wie die Kartelle. Das Verhalten der Reichsregierung bei den Verhandlungen mit dem Reichsverband des deutſchen Handwerks widerſpreche den Grundſätzen von Treu und Glauben. Wenn man bedenke, daß heute die Verwaltungskoſten der Finanzämter ein Siebtel des geſamten Zahlungsmittelumlaufs ausmachen und daß auf 34 Menſchen in Deutſchland ein Beamter komme, dann habe die Reichsregierung kein Recht, die Schuld der Teuerung auf andere abzuwälzen. Zuerſt müſſe der Verwaltungsapparat des Staates abgebaut werden. Am ſchlimmſten ſeien die §§ 2 und 4 des Entwurfes, da ſie der Denunziation innerhalb des Handwerkes Tür und Tor öffnen. Das Handwerk laſſe ſich ſeine Organiſationen nicht zerſchlagen. Das beſchämendſte ſei, daß gerade eine bürgerliche Reichsregierung dieſen Entwurf eingebracht habe. Die württ. Regierung müſſe den Entwurf ablehnen. Für Württemberg müſſe weiter verlangt werden, daß das ſtaatliche Preis- und Schiedsamt beſtehen bleibe, die gewerblichen Räume des Handwerks von der Gebäudeentſchuldungsſteuer befreit werden und der Wohnungsbau gefördert werden. Dagegen lehnen es die Handwerksorganiſationen entſchieden ab, ihre Mitglieder den Ortskrankenkaſſen zuzuführen. Der Redner ſchloß mit der Warnung, daß das Handwerk vor einem Kampf nicht zurückſchrecke und ſich dem Zuchthausgeſetz niemals unterjoche. Nach der mit ſtürmiſchem Beifall aufgenommenen Rede ſprachen einige Vertreter der politiſchen Parteien. Abg. Scheef erklärte namens der Demokratiſchen Partei, daß ſie geſchloſſen hinter den Forderungen des Handwerks ſtehe. Dieſelben Erklärungen gaben ab Reichstagsabg. Bickes für die Deutſche Volkspartei, Landtagsabg. Hiller für die Württ. Bürgerpartei und Reichstagsabg. Siller für die Deutſchnationale Volkspartei, die im Reichstag einen Antrag auf Zurückziehung des Entwurfes eingebracht habe. Zum Schluß wurde einſtimmig eine **Entſchließung** angenommen, in der die aus dem ganzen Lande verſammelten mehr als 7000 ſelbſtändigen Handwerker gegen den von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf ſchärfſten Proteſt erheben. Die württ. Regierung wird darum angegangen, das Handwerk im Kampf um die Erhaltung ſeiner Exiſtenz zu unterſtützen und im Reichsrat für Ablehnung des Entwurfs einzutreten. Der Entwurf diene nicht dem Preisabbau, ſondern ſei nur geeignet, die Handwerkerorganiſationen zu zerſchlagen. Das ſchwäbiſche Handwerk ſtelle ſich einem Preisabbau nicht hemmend entgegen, aber es ſei zuerſt notwendig, daß die Vorlieferanten des Handwerks eine Preisherabſetzung vornehmen und die Steuer- und Soziallaſten auf ein erträgliches Maß herabgeſetzt werden.

Perſonalabbau. — Körperſchaftsumlage.

Stuttgart, 24. Jan. Der Abg. Scheef hat im Landtag folgende Kleine Anfrage geſtellt: Welche Haltung nimmt das württembergiſche Staatsminiſterium zur Perſonalabbauverordnung ein? Gedenkt das Staatsminiſterium die Aufhebung oder Aenderung der Perſonalabbauverordnung herbeizuführen und wann? — Iſt dem Herrn Miniſter des Innern bekannt, daß die Amtskörperſchaftsumlagen für 1925, für die ja die Grund-, Gebäude- und ſpeziell auch Gewerbe-Kataſterſummen zu Beginn eines Rechnungsjahres bezw. Kalenderjahres feſtgeſtellt werden, ſolche Gemeinden ganz beſonders belaſten, in denen im Laufe des Jahres 1925 zahlreichere Betriebseinſtellungen ſtattgefunden haben? Wenn auch die Amtskörperſchaftsumlage nur zur einen Hälfte auf dieſe Kataſter, alſo auch das Gewerbekataſter, umzulegen iſt, ſo iſt doch zu beachten, daß in ſolchen Induſtriegemeinden eine unverhältnismäßige Mehrbelaſtung im Amtsſchadenanteil eintritt, da der Abgang bei der Umlageausteilung geſetzlich nicht zu berückſichtigen iſt. Da für 1925 vielfach die Unterausteilung der Amtskörperſchaftsumlage noch nicht erfolgt iſt, wäre Abhilfe noch möglich. Was gedenkt der Miniſter des Innern in dieſer Richtung zu tun?

Deutſcher Reichstag.

Berlin, 23. Jan. Der Reichstag erledigte heute zunächſt die noch ausſtehenden Abſtimmungen zum Etat für 1926 und ging dann zur Beratung des ſozialdemokratiſchen Antrags auf Einſetzung eines Unterſuchungsausſchuſſes für die Fememorde über. Der Antrag wurde begründet vom Abg. Sänger (Soz.), der die Verdienſte des preußiſchen Innenminiſters um die Aufdeckung dieſer Morde hervorhob. Beſonders drei Urſachen hätten zur Häufung dieſer ſcheußlichen Morde geführt, die Verhältniſſe in der Reichswehr, die deutſche Juſtiz und die nationaliſtiſche Verhetzung. Letztere wende ſich ſogar ſchon gegen den Reichspräſidenten v. Hindenburg. Abg. Neumann (Ztr.) betonte das Intereſſe ſeiner Fraktion an der Aufdeckung und Beſeitigung dieſer Morde. Auch Abg. Schneller (Komm.) erklärte ſich mit dem ſozialdemokratiſchen Antrag einverſtanden. Abg. Rönneburg (Dem.) gab namens ſeiner Fraktion eine längere Erklärung ab, in der auf die Beunruhigung der Oeffentlichkeit durch die Fememorde hingewieſen und zum Schluß geſagt wird, daß die demokratiſche Fraktion die Einſetzung eines Unterſuchungsausſchuſſes für dringend geboten halte, der aber auch prüfen müſſe, ob die beſtehenden geſetzlichen Beſtimmungen zum Abwehrkampf ausreichend ſeien. Abg. Stöhr (Völk.) legte namens ſeiner Partei Verwahrung dagegen ein, daß man dieſe für die Fememorde verantwortlich mache, und lehnte den Unterſuchungsausſchuß ab, da man ſich von deſſen Tätigkeit nichts Weſentliches verſprechen könne. Auch für die politiſchen Morde müßten die ordentlichen Gerichte zuſtändig ſein. — Damit ſchloß die Ausſprache. Da mehr als ein Drittel der Abgeordneten es beantragen, iſt nach der Geſchäftsordnung der Unterſuchungsausſchuß ohne weiteres beſchloſſen. Er ſoll mit 21 Mitgliedern beſetzt werden. — Die nächſte Sitzung findet am Dienstag den 26. Jan., nachmittags 2 Uhr ſtatt mit der Tagesordnung: Entgegennahme der Regierungserklärung.

Tagung der Reichspartei des deutſchen Mittelſtandes.

Berlin, 24. Jan. Der Parteiausſchuß der Reichspartei des deutſchen Mittelſtandes hielt am Samstag und Sonntag eine Tagung ab, in der eine Entſchließung angenommen wurde, in der es u. a. heißt: Die Reichspartei des deutſchen Mittelſtandes unterſtützt alle auf den Preisabbau gerichteten Beſtrebungen, betrachtet aber die bisherigen Maßnahmen nach dieſer Richtung als verfehlt, weil ſie die Urſachen der allgemeinen Teuerung nicht berührten. Eine Preisſenkung iſt nach ihrer Auffaſſung nur möglich, wenn folgende Punkte berückſichtigt werden: 1. Beſeitigung und damit Befreiung der werktätigen Schichten von den Laſten eines übermäßig angeſchwollenen Verwaltungskörpers, 2. Rückſichtsloſes Einſchreiten gegen die Geldmißwirtſchaft, 3. Befreiung der Wirtſchaft von jeder behördlichen Reglementierung und 4. Wiedereinführung des Leiſtungsprinzips und damit Beſeitigung des gegenwärtigen Lohn- und Gehaltsſyſtems. Der Parteiausſchuß beſchloß dann die Einſetzung einer Kommiſſion zur Ausarbeitung eines umfaſſenden Programms.

Hinauszögerung der Räumungstermine.

Berlin, 24. Jan. Wie den Blättern mitgeteilt wird, werden die belgiſchen Truppen bis zum 4. Februar, die franzöſiſchen Truppen bis zum 20. Februar die Räumung der erſten Zone beendigt haben. Der von den Engländern beſetzte Teil der erſten Zone wird am 31. Januar geräumt ſein.

Eſchweiler, 23. Jan. Der Stadt Eſchweiler iſt von der Beſatzung angekündigt worden, daß in nächſter Zeit weitere 14 Wohnungen zur Verfügung geſtellt werden müſſen. Außerdem ſollen etwa 50 zur Entlaſſung kommende Beſatzungsangehörige mit Familien ein bis zwei Monate in Eſchweiler und Umgebung in Hotelzimmern untergebracht werden.

Eine Proteſtkundgebung des Handwerks.

Berlin, 24. Jan. In einer ſehr zahlreich beſuchten Proteſtkundgebung des Innungsausſchuſſes der Ver. Innungen Berlins wandte ſich der Obermeiſter der Tapeziererinnung, Abg. Holzamer, in einem längeren Referat gegen das Geſetz betr. den Preisabbau. Neben einer Aufhebung des Geſetzes wurde eine Herabſetzung der für das Handwerk unerträglichen Steuern gefordert. An die Regierung wurden verſchiedene Forderungen gerichtet, die ſich u. a. auf eine Vereinfachung der Wirtſchafts- und Steuergeſetzgebung in Reich, Ländern und Kommunen, ſowie auf eine ſparſame Verwaltung und Anpaſſung der ſozialen Laſten an die Notlage der Wirtſchaft und ferner auf die Beſeitigung aller wirtſchafts- und produktionshemmenden Maßnahmen bezogen. In der Entſchließung wurde den zuſtändigen Stellen die in dem Referat dargelegten Forderungen unterbreitet.

Entſchließung des demokratiſchen Parteiausſchuſſes.

Berlin, 24. Jan. Der Parteiausſchuß der Demokratiſchen Partei, der am Sonntag vormittag in Berlin zuſammentrat, faßte nach einem Referat des Parteivorſitzenden Dr. Koch einſtimmig drei Entſchließungen. In der erſten wird dem Parteivorſitzenden das Vertrauen ausgeſprochen. Weiter wird darin das Bedauern ausgeſprochen, daß die Sozialdemokratie die Große Koalition zum Scheitern gebracht hat. In der zweiten Entſchließung richtet der Parteiausſchuß an die der Partei angehörenden Miniſter und an die Fraktionen das dringende Erſuchen, mit größter Entſchiedenheit auf die Republikaniſierung der Verwaltung, der Juſtiz, des Unterrichtsweſens und der Reichswehr hinzuarbeiten. Die dritte Entſchließung lautet: Der Parteiausſchuß erhebt den lebhafteſten Widerſpruch gegen die geſteigerte Belaſtung, die dem beſetzt bleibenden Geb
durch die vermehrte Truppenſtärke der Beſatzung entgegen de
in Locarno gegebenen Zuſicherungen auferlegt werden ſoll. D
Parteiausſchuß verlangt mit größtem Nachdruck, daß der Ge
von Locarno ſich vor allem in einer ſofortigen und ſichtbar
Aenderung des Beſatzungsregimes durchſetzt, daß die Zeitdau
der Beſetzung auf ein Mindeſtmaß beſchränkt wird und daß da
Saargebiet in kürzeſter Zeit die Möglichkeit erhält, in frei
Abſtimmung ſeine Zukunft zu beſtimmen.

Dittmanns Broſchüre verboten.

Berlin, 24. Jan. Herr Dittmanns Ruhm iſt nicht älter g
worden als 36 Stunden: ſein eigener Parteigenoſſe Loebe ha
ihm den Strahlenkranz vom Haupte. Herr Dittmann, in de
einen Tag lang auch nichtſozialiſtiſche Blätter etwas wie ein
Vorkämpfer des ſieghaften Ethos ſehen wollten, hat ſich nic
nur in ſeiner ſechsſtündigen Anklagerede offenſichtlich agita
riſch übernommen, er hat ſich dabei auch einiger manch ei
deutiger Verſtöße gegen die guten Sitten ſchuldig gemacht, i
dem er ſeinen Vortrag, den er, kaum daß ihm das letzte Wo
entflohen, als Propagandabroſchüre im Verlag von Dietz e
ſcheinen ließ, den — milde geſagt — irreführenden reißeriſch
Titel gab: „Die Marinejuſtizmorde vom Jahr 1917 und d
Admiralsrebellion vom Jahre 1918, dargeſtellt nach den am
lichen Geheimakten im Auftrag des parlamentariſchen Unte
ſuchungsausſchuſſes über den Weltkrieg.“ In den Kreiſen de
Ausſchuſſes iſt man über dieſes Verfahren mit Recht befrem
geweſen. Auch ſchon aus dem rein äußerlichen Grunde, w
Herr Dittmann ſich ſo eigenmächtig über die vertraglichen Ve
pflichtungen hinwegſetzte, die der Ausſchuß mit einem ander
Verlage eingegangen war. Der Reichstagspräſident Loebe h
was ſeine Objektivität ehrt, dem Skandal ein Ende gemacht, i
dem er die weitere Verbreitung der Dittmanſchen Broſch
kurzerhand verbot und dabei feſtſtellte, daß ein Auftrag d
Ausſchuſſes zur Abfaſſung der Flugſchrift nicht erteilt ſei. I
der Montagsſitzung des Unterſuchungsausſchuſſes will übrige
das Reichswehrminiſterium eine amtliche Darſtellung über d
Marinemeutereien vorlegen.

Ein franzöſiſch-chineſiſcher Zwiſchenfall.

Paris, 24. Jan. Wie dem „Newyork Herald“ aus Hon
kong gemeldet wird, drangen chineſiſche Truppen in Pe
(Provinz Kwantung) in das franzöſiſche Hoſpital ein und ho
ten die franzöſiſche Flagge nieder. Sie wurde jedoch, nach
Entſatz herbeigekommen war, wieder aufgezogen. Dieſelb
Truppen wollten auch die franzöſiſche Flagge auf dem fran
ſiſchen Konſulat herunterholen, gaben dies aber auf, als de
Konſul der Wache Anweiſung gab, gegebenenfalls das Fe
zu eröffnen.

Rußlands Proteſt an China.

Moskau, 23. Jan. Tſchitſcherin richtete an Tſchan
eine Note, die innerhalb von drei Tagen 1. die vollſtänd
Wiederherſtellung der Ordnung in der Mandſchurei, 2. d
Durchführung des Vertrages und 3. die Freilaſſung Iwano
des Leiters der oſtchineſiſchen Bahn, verlangt. Die No
ſchließt: „Wenn die chineſiſche Regierung aus irgendwelch
Gründen außerſtande iſt, eine friedliche Löſung der Frage z
gewährleiſten, ſo bittet die Sowjetregierung die chineſiſche R
gierung, ihr die Erlaubnis zu geben, mit eigenen Kräften d
Durchführung des Vertrages und den Schutz der beiderſeitig
Intereſſen ſicherzuſtellen.“ Dieſe Note ſoll Karachan dem Ko
ſul in Mukden zur Weitergabe an Tſchang übergeben und
auf die ſchwere Verantwortung aufmerkſam machen und
tonen, daß die Sowjetregierung eine Antwort erwarte.

Peking, 23. Jan. Das Auswärtige Amt hat an Marſ
Tſchang telegraphiſch die Aufforderung gerichtet, den ver
teten Leiter der chineſiſchen Oſtbahn, Iwanow, ſofort fre
laſſen. Die anderen noch ſchwebenden Fragen würden un
züglich geregelt werden.

Lehrgang für Fleiſchbeſchauer.

Im Falle genügender Beteiligung wird am Schlachthof in **Reutlingen** vom 9. Februar 1926, am Städt. Vieh- und Schlachthof in **Stuttgart** vom 10. Februar 1926 an ein vierwöchiger Lehrgang für Fleiſchbeſchauer abgehalten. Näheres ſiehe St.A. Nr. 16 v. 21. 1. 1926.

In Anbetracht der Zeitumſtände findet ein weiterer Lehrgang vorausſichtlich nicht vor Ablauf eines Jahres ſtatt.

Neuenbürg, den 22. Jan. 1926.
Oberamt:
Amtmann Heckel.

Allgem. Ortskrankenkaſſe Neuenbürg.

Betrifft Auszahlungstage für Krankengelder uſw.

Um den Andrang an unſeren Kaſſenſchaltern in ordnungsmäßige Bahnen zu lenken, machen wir hiemit bekannt, daß **Krankengelder, Wochenhilfegelder und andere Barleiſtungen** nur noch

Mittwochs u. Samstags während der ordentl. Schalterſtunden

von der Kaſſe ausbezahlt werden.

Neuenbürg, den 24. Januar 1926.

Vorſitzender des Vorſtands:
Fr. Heinzelmann.

Kaſſenverwaltung:
Dobernek.

Kath. Kirchenbauverein e. V. Neuenbürg.

Mittwoch den 27. d. M., abends 8 Uhr, im „Holzapfel“

Generalverſammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kaſſenbericht. 2. Neuwahl. 3. Verſchiedenes.

Zahlreiches Erſcheinen erwünſcht.

Der Vorſtand.

Suche zum 1. Februar ein tüchtiges, ſelbſtändiges, kinderliebes

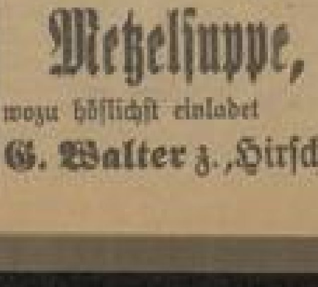
Mädchen,

das peinlich ſauber und in allen Arbeiten perfekt iſt. Kochen erwünſcht. Nur Mädchen mit beſten Empfehlungen kommen in Frage. Gefl. Angebote, wennmöglich mit Bild zu ſenden an

Frau **Annie Scheben,**
Godesberg bei Bonn a. Rh.,
Koblenzer Straße 61.

Calmbach.

Morgen Dienstag



Metzelſuppe,

wozu höflichſt einladet

G. Walter z. „Hirſch“.

Württ. Amtsgericht Neuenbürg.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Karl Mappus**, Händlers in Neuenbürg, wurde, nachdem der in dem Vergleichstermin vom 29. Dezember 1925 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beſchluß vom 29. Dezember 1925 beſtätigt iſt, **aufgehoben.**

Den 15. Januar 1926.

Der allgemeinen Senkung der Zinsſätze folgend, vergüten wir vom 1. Februar 1926 ab:

für Spareinlagen . . . . 7 %
(einmonatliche Kündigung, die in der Regel von uns nicht verlangt wird),

im Giro- und Konto-Korrent-Verkehr 5 %

für Feſtanlagen auf mindeſtens 1 Monat 8 %

Gleichzeitig tritt eine entſprechende Ermäßigung der Sollzinsſätze ein.

Oberamtsſparkaſſe Neuenbürg.

Stammholz-Verſteigerung.

Die Gemeinde **Ittersbach** verſteigert am

1. Februar 1926, vormittags 9 Uhr,

auf dem Rathaus aus ihrem Gemeindewald von Abteilung 10 bis 16 nachſtehende Holzmengen mit Borgfriſt bis 1. Juli 1926:

I. Fichtenſtämme:
10 I. Kl., 27 II. Kl., 115 III. Kl., 427 IV. Kl., 1113 V. Kl., 1067 VI. Kl., mit zuſ. 785,00 Fm.

II. Fichtenabſchnitte:
3 I. Kl., 3 II. Kl., 1 III. Kl., mit zuſ. 10,00 Fm.

III. Forlenſtämme:
5 II. Kl., 45 III. Kl., 54 IV. Kl., 34 V. Kl., 7 VI. Kl., mit zuſ. 78,00 Fm.

IV. Forlenabſchnitte:
2 I. Kl., 12 II. Kl., 51 III. Kl., mit zuſ. 52,00 Fm.

V. Eichenſtämme:
1 IV. Kl., 11 V. Kl., 21 VI. Kl., mit zuſ. 8,00 Fm.

VI. Buchenſtämme:
2 IV. Kl. mit zuſ. 1,00 Fm.

VII. Lärchenſtämme:
1 III. Kl. mit 1,00 Fm.

Außerdem kommen noch einige Loſe **Bauſtangen** zur Verſteigerung. Auszüge wollen bis ſpäteſtens **25. ds. Mts.** beim Bürgermeiſteramt beſtellt werden.

Ittersbach, den 21. Januar 1926.

Der Gemeinderat.

Oberamtsſtadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats

am Dienstag, den 26. Januar, abends 6 Uhr.

Tagesordnung:
1. Fürſorgeangelegenheiten.
2. Bauſachen.
3. Sonſtiges.

Stadtſchultheiß Knodel.

Birkenfeld.

Schwere

Kuh

mit dem zweiten Kalb ha
verkaufen

Friedrich Oelſchlä
z. „Bären“.

Herrenalb, den 23. Jan. 1926.

Dankſagung.

Für die vielen wohltuenden Beweiſe herzlicher Teilnahme bei dem Hinſcheiden unſerer lieben, guten Mutter und Tante

Frau Soſie Bohm, geb. Beck,

ſagen wir hiermit unſeren innigſten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Ottenhauſen.

Eine trächtige

Fahr-Kuh,

ſowie ſchönen

Kirſchbaum-Stamm,

2,90 Mtr. lg., 50 Cm. Durchmeſſer, hat zu verkaufen

Karl Bachteler.

Stempel-Kiſſen und Stempel-Farbe

ſtets vorrätig in der

C. Meeh'ſchen Buchhdlg.
Inh.: D. Strom.

Husten, Atemno Verschleimung

Schreibe allen gern u
womit ſich ſchon viele
ſende von ihrer Qual be
Nur Rückmarke erw

Walther Althaus,
Heiligenstadt (Eichsfeld)

Malaga, Likö Cognac, Se Branntwein, Verſchnitt- u deutſche Wein

empfiehlt zu billigſten
preiſen

Friedr. Knöll
Weinhandlung.
Höfen a. Enz.